

Beschluss des Landrats vom 11.02.2021

Nr. 787

24. Innovative Klimaprojekte, Pflanzenkohle in der Landwirtschaft 2020/103; Protokoll: pw, mko

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Markus Graf (SVP) zieht es vor, zuerst die Voten der anderen Fraktionen anzuhören.

Stephan Ackermann (Grüne) stellt fest, Markus Graf sei der Boden wichtig und er setze sich für den Erhalt der Böden ein. Vor kurzem hat Markus Graf votiert, dass kein Stück Land mehr zugeeert werden sollte, auch nicht für Velowege. Anscheinend will er aber auf den Anblick von schwarzen Böden nicht ganz verzichten. Er setzt sich dafür ein, dass die Kantonbank nicht nur Humus anreichert, sondern auch Projekte unterstützt, um die Kohle in den Boden einzutragen. Die Frage ist natürlich, um welche Kohle es sich bei der Kantonbank handelt.

Spass beiseite. Die Stellungnahme des Regierungsrats könnte auch direkt zur Abschreibung des Postulats führen. Denn das Postulat fordert wie immer, zu prüfen und zu berichten. Das Postulat enthält drei Forderungen: Erstens die Verwendung von Pflanzenkohle, zweitens die Förderung von Pyrolyseanlagen und drittens Einflussnahme auf die CO₂-Kompensationsprojekte der Kantonbank. Der Regierungsrat geht auf die ersten beiden Forderungen ein. Zur Verwendung der Pflanzenkohle berichtet der Regierungsrat: «Allerdings sollen natürliche Böden nicht zur Aufnahme von Fremdstoffen im Sinne der CO₂-Speicherung genutzt werden. Insbesondere dann nicht, wenn der Fremdstoff – in diesem Fall Pflanzenkohle – in unseren jungen, tonreichen Böden kaum eine positive Wirkung als «Bodenverbesserer» bringt». Zu den Pyrolyseanlagen berichtet der Regierungsrat: «Der Verzicht auf die vollständige Nutzung des Holz-Energiepotentials, der mit der Pflanzenkohleproduktion einhergeht, erscheint aus dieser Perspektive als nicht sinnvoll. Bei der Pflanzenkohle-Herstellung werden nur rund 40–60 % des Energiepotentials von Holz genutzt». So gesehen wurde bereits geprüft und berichtet.

Der Grüne/EVP-Fraktion erscheint es, als ob ein Expertenstreit ins Parlament getragen wird. Es gibt verschiedene Ansichten. Grundsätzlich brauchen die gut gewachsenen Böden keinen Kohleneintrag. Wenn es um die Thematik der CO₂-Kompensation geht, dann gibt es sicherlich bessere Ansatzpunkte. Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet lässt sich Holz auch besser verwerten, so wie es in der Antwort des Regierungsrats zu lesen ist. Der Entscheid, welche Projekte die Kantonbank in diesem Bereich unterstützt und finanziert, ist nicht die Aufgabe des Landrats. Vor allem nicht bei einem Thema, bei welchem verschiedene Expertenmeinungen vorhanden sind. So lehnt eine Mehrheit der Grüne/EVP-Fraktion die Überweisung des Postulats ab. Unsere Böden brauchen keine Kohle, sie sind gut gewachsen. Es muss aber generell Sorge zu ihnen getragen werden. Hierin ist man sich mit Markus Graf einig. Das vorliegende Postulat ist jedoch der Sache nicht dienlich.

Ursula Wyss Thanei (SP) sagt, Markus Graf führe in seinem Postulat aus, dass die Kompensationszahlungen der BLKB in der Region zwar zu begrüßen seien, aber dass die Landwirtschaft den Humusaufbau zur CO₂-Fixierung eher verhalten positiv sehe und eigentlich nicht sehr viel Verständnis dafür aufbringe. Als Lösung schlägt der Postulant Pyrolyseverfahren vor und möchte dazu Pflanzenmaterial nutzen.

Die SP-Fraktion unterstützt im Gegensatz zur Grüne/EVP-Fraktion die Überweisung des Postulats einstimmig. Aber: Wie auch der Vorredner bereits gesagt hat, geht es nicht darum, dass sich CO₂-fixierende Verfahren wie der Humusaufbau oder ein Pyrolyseverfahren konkurrenzieren sollten.

Und auch der BLKB soll nicht vorgeschrieben werden, was sie zu unterstützen habe. Weshalb unterstützt die SP-Fraktion das Postulat? Die Argumente des Regierungsrats für seine ablehnende Haltung sind nachvollziehbar. Aber es werden auch Befürchtungen geäussert. Es kann durchaus sein, dass der Boden Schaden nehmen kann, was jedoch noch genauer angeschaut werden müsste. Ein Pyrolyseverfahren wurde während der letzten Jahre von verschiedenen Stellen propagiert. Jedermann und jedefrau kann es anwenden. Man kann nämlich für rund 100 bis 1'000 Euro kleine Öfen kaufen, auf denen man im Garten kochen kann. Die so produzierte Kohle kann danach im Kompost entsorgt werden. Die Rednerin möchte darauf hinweisen, dass das Verbrennen von Gartenmaterial eigentlich nicht erlaubt ist. Die IWB baut eine Anlage in Basel und heizt mit der Abwärme 1'000 Wohneinheiten und sucht einen Markt für ihr Produkt «Pflanzenkohle». Das heisst, das Verfahren wird eingesetzt und ist angekommen. Die Politik hinkt immer etwas hinterher. Möglicherweise machen die Erkenntnisse einer genaueren Prüfung gesetzliche Massnahmen nötig. Vielleicht braucht es Vorschriften für die kleinen Öfen, die sehr einfach angeschafft werden können. Prinzipielle Fragestellungen wurden in der Antwort des Regierungsrats noch nicht beantwortet. So etwa auch die Energiebilanz des Prozesses: Es handelt sich nämlich um eine Umkehr der Verbrennung, also braucht es sehr viel Energie, diesen Prozess überhaupt in Gang zu bringen. Zur CO₂-Bilanz bräuchte es ebenfalls noch Ausführungen. Und zur Befürchtung des Schadstoffeintrags bei kontinuierlichem Einsatz in der Landwirtschaft. Wenn jeden Tag Pflanzenkohle in den Boden eingetragen wird, kann dies durchaus auch zu einer Kumulierung von Schadstoff führen. Die Auswirkung auf die Bodentemperatur müsste ebenso geprüft werden wie der Einsatz von Pflanzenkohle als Zusatz zu Baustoff. Die SP-Fraktion stimmt der Überweisung zu; dezidiert mit dem Vorbehalt, dass keine Konkurrenz zwischen den verschiedenen Techniken zur CO₂-Fixierung ausgelöst werden soll.

Markus Dudler (CVP) sieht die diametralen Ansichten des Postulanten und des Regierungsrats. Deshalb ist eine genauere Durchleuchtung für einen Teil der CVP/glp-Fraktion notwendig, um abschliessen beurteilen zu können, wo der Einsatz von Pflanzenkohle sinnvoll und wo schädlich ist. Für die Mehrheit der Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrats jedoch ausreichend geprüft und berichtet worden. Es wurde deshalb eine Stimmfreigabe beschlossen.

Stephan Burgunder (FDP) sagt, der Regierungsrat halte am Schluss seiner Begründung fest, dass er klar der Ansicht sei, dass alle erforderlichen Informationen vorliegen würden und kein Handlungsbedarf bestehe. Ganz ehrlich: Eine solche Aussage macht einen Nichtfachmann etwas stutzig. Stephan Ackermann hat angetönt, dass bei diesem Thema unterschiedliche Blickwinkel bestünden. Und Ursula Wyss hat zusätzliche Aspekte eingebracht, die noch nicht beantwortet sind.

Der Redner hat alt Landrat und Ex-Fraktionskolleg Jürg Vogt als Landwirt um Rat gefragt und er hat es ihm genau erklärt. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass Jürg Vogt das Geschäft nicht mehr im Landrat mit seinem fundierten Fachwissen vertreten kann. Er würde Markus Graf unterstützen und für eine Überweisung des Postulats votieren. Weil Stephan Burgunder dies nicht so gut erklären kann, wie Jürg Vogt das könnte, verzichtet er auf die Ausführungen fachlicher Natur. Eines ist aber klar geworden: Es ist nicht ganz alles so klar, wie der Regierungsrat in seiner Antwort suggeriert. Und damit etwas mehr Klarheit in die Sache gebracht werden kann, ist die FDP-Fraktion für Prüfen und Berichten und damit klar für die Überweisung des Postulats.

Florian Spiegel (SVP) ist, wie auch die SVP-Fraktion, der Meinung, dass man es nicht bei der Antwort des Regierungsrats belassen sollte. Den Antrag von Markus Graf und das Projekt der BLKB miteinander zu vergleichen und gegeneinander auszuspielen, greift zu wenig weit. Deshalb ist richtig, dass Markus Graf ein Postulat eingereicht hat, das den Raum lässt, die Thematik weitergehend, ohne Bezug aufs Projekt der BLKB, zu prüfen. Bei der CO₂-Speicherung in den Böden

steht man bei dem Projekt, das jetzt umgesetzt werden soll, zwar erst am Anfang, aber zugleich auch am Ende. Es ist bekannt, dass mit CO₂ abspeicherndem Humusaufbau Energie in der Erde gebunden werden kann, die für das Wachstum der landwirtschaftlichen Produkte dienlich ist. Inwiefern die Speicherung über längere Zeit wirklich verhebt, ist jedoch noch nicht klar. Man weiss nämlich, dass der CO₂-Speicher wieder verloren geht, sobald die Böden aufgemacht werden. Deshalb hat Markus Graf als Landwirt gesagt, dass wenn er die Böden nicht aufmachen darf, weil dadurch der CO₂-Speicher geleert wird, dann dürfte er auch seine Böden nicht mehr bewirtschaften und könnte keine Produkte mehr herstellen. Die Produkte würden dann ausserhalb des Baselbiets hergestellt, was auch nicht unbedingt ökologisch sinnvoll ist. Jetzt hätte Markus Graf einfach Nein sagen können, wie man dies bei SVP-lern immer vermutet. Aber das macht er nicht. Er sagt nicht einfach Nein, sondern dass es sich um eine Möglichkeit neben anderen handelt. Die Begründung des Regierungsrats ist etwas kurz geraten. Es ist nicht nur Holz, sondern alles organische Material mit einem Feuchtigkeitsgrad bis 50 % verwendbar; also beispielsweise auch Schnittgut aus der Landwirtschaft. Abfall, Restgut, wie es in der Biomassenanlage zur Anwendung kommt, sind ebenfalls verwendbar. All dieses Material kann in Pflanzenkohle umgewandelt werden. Bei dieser Umwandlung findet bereits eine Energieübertragung statt, die genutzt werden kann. Über diesen Nutzungsgrad kann gestritten werden, so ist er von der technischen Anlagegrösse und der Fortschrittlichkeit abhängig. Aber es gibt nicht nur die Nutzung bei der Umwandlung, sondern auch die Nutzung des Endproduktes. Das Endprodukt macht zwar bei seiner Verwendung die Felder schwarz, aber auch Solaranlagen machen Dächer schwarz – und hier tut niemand schwierig. Das Endprodukt muss aber nicht unbedingt auf die Felder gekippt werden, es kann auch zur Herstellung von Baudämmstoff verwendet werden.

Der Vorstoss geht in die richtige Richtung und es geht nur um Prüfen und Berichten. Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, die Thematik weiter zu öffnen als nur in Bezug auf den Humusaufbau. Florian Spiegel ist überzeugt, dass der Regierungsrat bei einer Überweisung diesen weitergehenden Schritt machen und eine Antwort liefern wird, die zeigt, dass der Kanton Basel-Landschaft auch in diesem Bereich pioniermässig unterwegs sein kann.

Markus Graf (SVP) müsste eigentlich gar nichts mehr sagen – tut es aber trotzdem. Ihm geht es nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen. Das Humus-Projekt der BLKB läuft, das Geld fliesst – wohin es fliesst, ist eine andere Geschichte. Daran kann man nun auch nichts mehr ändern. Der Vorstoss würde übrigens vor rund einem Jahr eingereicht. Seither ist viel Wasser den Rhein runtergeflossen.

Die geschätzte Grüne Partei sei daran erinnert, dass nur eine CO₂-Senkung aus der Klimakrise führt. Denn CO₂-Quellen gibt es genug und sie werden, angesichts einer steigenden Weltbevölkerung, kaum zu minimieren sein. Pflanzenkohle ist eine Massnahme dazu, der Humus jedoch nur beschränkt. Denn, wie von Florian Spiegel vorhin erwähnt, wird bei einer landwirtschaftlichen Nutzung automatisch CO₂ aus dem Boden entlassen, das vorhin durch pflanzliches Material in den Boden gelangt ist. Die Welt und der Kanton Basel-Landschaft haben sich ehrgeizige Ziele gesetzt, was übrigens auch der Baselbieter Regierungsrat in seinem vom Landrat verabschiedeten Statusbericht Klima bestätigt hat. Es steht dort, in den Worten von Regierungsrat Isaac Reber, in Hochglanz einleitend: «Der Regierungsrat will mit gutem Beispiel vorangehen und lädt alle Baselbieterinnen und Baselbieter ein, ebenfalls einen Beitrag für unsere gemeinsame Zukunft und eine hohe Lebensqualität im Kanton Basel-Landschaft zu leisten». Der Votant ist ein Baselbieter, der einen solchen Vorschlag macht und es ist in seinen Augen unverständlich, dass sein Anliegen nicht weiter geprüft werden soll. Denn gerade hier könnte sich die Zusammenarbeit mit der Stadt lohnen, die ihre Pyrolyse-Anlage vor Kurzem in Betrieb genommen hat und damit rund 1'000 Haushalte mit Energie versorgt. Und das ist ja eigentlich nur ein Nebenprodukt, weshalb die Antwort des Regierungsrats in dieser Sache nicht schlüssig ist. Ebenfalls fallen rund 570 Tonnen gebundenes CO₂

an, die dann eventuell mit Hilfe der Baselbieter Bauern am Schluss in die Böden oder sonstwo eingelagert werden könnten – zuerst über das Futter oder das Streu, wobei sich die Pflanzenkohle mit Nährstoffen aufladen kann und dann gleichmässig ausgebracht wird.

Die Landwirtschaft ist an Alternativen interessiert, die es braucht, um den CO₂-Fussabdruck zu reduzieren. Das Festhalten an veralteten, seit Jahrzehnten vertretenen Meinungen in der kantonalen Verwaltung sind dazu eher wenig förderlich. Das Echo nach der Berichterstattung in der Zeitung über seinen Vorstoss war gross. Die IWB, Angestellte aus der Verwaltung, Gärtner, Bauern (sogar einer aus dem Bernbiet) und ein Gemeindepräsident meldeten sich bei ihm. Das Interesse ist also da. Zusammen mit dem Öko-Zentrum Langenbruck kann der Kanton die verschiedenen Player zusammenbringen. Dafür braucht es aber nun eine Überweisung als Postulat.

Stephan Achermann hatte am Vormittag gesagt, dass die Zeit des Abwartens vorbei ist. Es ist deshalb nicht verständlich, wenn er bei dieser Sache, mit der sich wirklich etwas erreichen liesse, abwarten möchte. Was bringt es, einen neuen Vorstoss einzureichen und nochmals ein Jahr zu warten? Der Votant ist, wie auch Stephan Achermann, dafür, dass kein Wildwuchs entsteht und nicht jeder für sich etwas unternimmt, sondern dass der Staat die Führung bei der Herstellung hochwertiger Kohle übernimmt, damit kein Schwermetall in den Boden eingetragen wird. Minderwertiges Holz von Strauchschnitten wäre vielleicht gerade für Agglomerationsgemeinden eine Lösung. Deshalb danke all jenen, die es begriffen haben – und danke allen anderen auch.

://: Mit 66:11 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
